

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 659 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 211



Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich 1,25, vierteljährlich 3,75, ein Jahr 12,00, sechs Monate 7,50, drei Monate 4,50, ein Quartal 3,00. — Morgenausgabe Freitag, 27. Dezember. Anzeigenpreis: Blatteinfach 10 Pfg., zweifach 15 Pfg., dreifach 20 Pfg., vierfach 25 Pfg., fünffach 30 Pfg., sechsfach 35 Pfg., siebenfach 40 Pfg., achtfach 45 Pfg., neunfach 50 Pfg., zehnfach 55 Pfg., elffach 60 Pfg., zwölffach 65 Pfg., dreizehnfach 70 Pfg., vierzehnfach 75 Pfg., fünfzehnfach 80 Pfg., sechzehnfach 85 Pfg., siebenzehnfach 90 Pfg., achtzehnfach 95 Pfg., neunzehnfach 1,00, zwanzigfach 1,05, ein Monat 10,00, ein Jahr 120,00. — Geschäftsstelle Halle: Saale; Leipziger Straße 61/62, Fernamt tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5009 und 5010. — Polizeifunkto: Leipzig 50512. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernamt Amt Kirchhof Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Ehle, Halle-Saale.

Hindenburg an Wilhelm II.

Der preussische Ministerpräsident Stödel hat vor einiger Zeit in einer öffentlichen Volksversammlung Mitteilung davon gemacht, daß die Regierung einen Brief Hindenburgs an Wilhelm II. besitzt, der den Feldmarschall ganz nicht ab den in der Politik indifferenzen Soldaten erscheinen lasse, sondern vielmehr seine ergötzliche Gesinnung bezeuge. Dieser Brief, der nach Stödel's Aussage die Ursache zum Sturz Weismann Hollweg's gewesen ist, wird nun in der „Republik“ im Wortlaut veröffentlicht:

Hindenburg beantwortet Wilhelm II. am 27. Juni 1917 die Überbringung der Information des russischen Boten v. Skunowski und eines Auschnittes aus der „Freisinnigen Zeitung“. Die Information behandelt die Ausschüsse eines Friedensschlusses mit Anstand und das Hindernis das die Parteien des Reichstages bei einem eventuellen Friedensschluß mit den Westmächten bilden würde. An sich bestehn gegen den Kanzler keine besondere Abneigung. (Die „Freisinnige Zeitung“ hatte erklärt, daß der Kanzler festher sein in im Sattel liege.)

Hindenburg charakterisiert nun das Verhalten der Berliner Presse gegenüber Weismann Hollweg, wobei er betont, daß die großen rechtsstehenden und die parteilosen Blätter sich in mehr oder weniger schroffen Gegensatz zum Kanzler stellen, während einzelne große sozialdemokratische und linksliberale Blätter, die Weismann Hollweg's bis dahin gestützt hatten, nun nach einem Kanzlerwechsel zu streben beginnen. Diesen Wechsel erklärt Hindenburg mit dem Zweifel der linken Presse, ob der Kanzler ihren Wünschen nach dem Parlamentarismus entgegenkommen würde.

Eine Mehrheit für die Politik des Kanzlers bestehn demnach nicht, trotz der Zustimmung des Reichstags zu seiner letzten Rede, und der Feldmarschall erklärt seine Überzeugung, daß die Führer der rechtsstehenden Parteien keine Meinung teilen. Im Zusammenhang damit empfiehlt er nun Wilhelm II., Fühlungnahme mit den politischen Führern des Volkes zu suchen. Dadurch würde offenbar, daß der Kaiser dem Volke ein größeres Maß von Mitarbeit an den Volksgeschäften angedeihen, daß aber andererseits „die Grenzen festsetzen“. Hindenburg vertritt sich von dieser Fühlungnahme eine Befehdung der linken, ein größeres Vertrauen der rechten Parteien. (Wahrheitshaft hat der Kaiser dieser Anregung nach dem Rücktritt Weismann Hollweg's Folge geleistet und die Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Dr. David im Salon des Reichskanzlers Michaelis beim Tee kennen gelernt.) Weismann Hollweg wird die Schuld an dieser Herrlichkeit der Parteien beigemessen, da es ihm nicht gegeben sei, klar umrissene Entschlüsse zu fassen und an ihnen festzuhalten. Wirklich heißt es in dem Brief:

„Leider haben die Hoffnungen, die an Euer Majestät Oberbotschaft geknüpft wurden, nämlich, daß der Parteihaber aufhören würde, sich nicht erfüllt. Die Herrlichkeit ist größer als gedacht. Auf der einen Seite ist die Begehrlichkeit der politischen Führer gestiegen, sie hoffen mit dem kleinen Finger die ganze Hand zu ergreifen; auf der anderen Seite sind die Befürchtungen, daß es auf dieser Bahn weiter, als es für den Staat gut ist, gehen wird, gestiegen. Daß diese Folgen eintreten sind, ist meines Erachtens lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß es dem Kanzler nicht eigen ist, klar umrissene Entschlüsse aufzufassen, sie in fester Form zu vertreten und an diesen Entschlüssen unerrückbar festzuhalten.“

Eine enge Fühlungnahme Euer Majestät mit den politischen Führern wird dieses Lehren, daß zwar Euer Majestät gewillt sind, dem Volke ein größeres Maß von Mitarbeit an den Geschäften des Landes zuzugestehen, daß aber die Grenzen festsetzen. Dann werden die linken Parteien sich beiseite, die rechten aber werden sehen, daß der beschrittene Weg nicht in den Vordergrund führt. Beide werden von der Kritik ablassen und statt dessen politisch mitarbeiten. Euer Majestät werden aber aus einer solchen Fühlungnahme m. E. die Überzeugung gewinnen, daß die rechten Parteien noch immer die Vertreter desjenigen Teiles des Volkes sind, der auch jetzt noch am meisten und ohne Forderungen bereit ist, selbstlos für Euer

Majestät bis zum letzten einzustehen, mögen auch seine Führer im Beschalten am Befehlenden und Betonen ihres Standpunktes manchmal am weitest gegangen sein.“

Ferner legt Hindenburg dar, daß die sozialdemokratische Stockholmer Konferenz als eine von der deutschen Regierung gewünschte und begünstigte Veranstaltung angesehen werde, dadurch die internationalen sozialdemokratischen Tendenzen verläßt und das Ansehen des monarchischen Staates im Innern schwer geschädigt habe. Schließlich äußert sich der Feldmarschall noch speziell über die Sozialdemokratie in Deutschland: „Schatten Eurer Majestät mir noch ein Wort über die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratischen Tendenzen sind in Wahrheit bei weitem nicht so verbreitet, als es nach dem Auftreten ihrer Führer und der Rücksicht, die sie genießen, angenommen werden kann. Zu Beginn des Krieges sagte sich der sozialdemokratische Teil der arbeitenden Bevölkerung überhaupt von seinen Führern los, so daß diese einzelen nicht mehr konnten. Dieser Übernahm die Regierung nicht, ihrerseits nun die Führung zu übernehmen. Die führerlose Masse ist dann allmählich wieder in die Hand der sozialdemokratischen Führer gekommen, aber es sind heute mehr denn je „Mittläufer“. Gefährliche Anzeichen des Wachstums sind aber schon vorhanden. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hegt die niedrigsten Instanzen auf, und die sozialdemokratische Mehrheit ist gewinnlos, um nicht an Einfluss zu verlieren, ebenfalls alle Forderungen ihres Anhangs, mögen sie noch so albern und ungerichtet sein, zu vertreten. Wenn somit eine sozialdemokratische Gefahr zwar nicht besteht, so ist es doch hohe Zeit, daß die Regierung die Fährliche Strafer nimmt. Die schwerste Sorge ist augenblicklich das Sinken der Stimmung im Volke. Sie muß gehoben werden, sonst verlieren wir den Krieg. Auch unsere Bundesgenossen bedürfen einer starken Rückenstärkung, sonst ist die Gefahr vorhanden, daß sie abfallen. Dazu gilt es im Innern die schwersten wirtschaftlichen und für die Zukunft bedeutendsten Fragen zu lösen, die Ernährungsprobleme, Vorbereitung der Umstellung in die Friedenswirtschaft usw. Es entsteht die Frage, ob der Kanzler zur Lösung dieser Fragen — und sie müssen richtig gelöst werden, sonst sind wir verloren — imstande ist.“

Der Gegensatz der Westmächte zu Wilson

Berlin, 26. Dezember.

Als Grund für die Verlegung der interalliierten Friedenskonferenz gibt das „Echo de Paris“ an, daß Lloyd George nach dem Willen mit dem inneren Auge und dem Verstand des Cabinets beschäftigt sei. Der wahre Grund dürfte jedoch sein, daß den Politikern der Westmächte die persönliche Anwesenheit Wilsons bei der Konferenz unerwünscht ist, die deshalb immer weiter hinausgeschoben wird, bis der Präsident abtreten muß. Wilson ist jetzt eine Wunde in Paris und hat in dieser Zeit gerade eine halbe Stunde mit Clemenceau sprechen können, seine übrige Zeit war mit Repräsentationspflichten ausgefüllt. Es ist unerwünscht, daß gerade in der Frage des Völkerbundes der Gegensatz zwischen der Entente und Wilson immer größer wird. Dieser Gegensatz wird in Form einer verheerenden Fehde ausgedehnt. Dieser Tage ließ Wilson durch seinen Sekretär erklären, daß ihm die Idee des Völkerbundes sehr am Herzen liege. Tags darauf meldeten alle Pariser Zeitungen aus Washington, daß die amerikanische Meinung dem Völkerbund für eine Frage zweiten Grades halte, der sich nach dem Friedensschluß zur Verhandlung kommen. Ebenfalls erfährt man über Washington, daß zwischen Vertretern der Entente einerseits und Hoover andererseits Differenzen über Wirtschaftsfragen, namentlich auch über die Verlegung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln bestehen.

Was A. und S.-Räte angerichtet haben

In den Zeitungen der Stadt Gelsenkirchen findet sich folgende amtliche Bekanntmachung:

Butterverorgung in Gelsenkirchen

Für die Bedürfnisverorgung ist es der Stadtverwaltung selber nicht möglich, der Bevölkerung Butter zuzustellen, da die für den höchsten Bedarf bestimmten 170 Rentner Butter von Militärlieferern oder Beauftragten des A. Räte- und Soldatenrats in Gelsenkirchen beschlagnahmt und dort verteilt worden sind.

An Stelle der uns geraubten Butter kann nur Margarine verteilt werden.

Die Einleitung des Strafverfahrens gegen die Schuldigen habe ich beantragt.

Gelsenkirchen, den 18. Dezember 1918.

Der Oberbürgermeister, H. v. von Bobelbaecht.

Blutige Weihnachten in Berlin

Unerbörte Vorgänge haben sich dieser Tage in Berlin abgepielt. Die Regierung wurde zweimal von Meuterern festgesetzt, der Stadtkommandant wurde nach einem blutigen Straßenkampf auf dem Opernplatz gefangen genommen. Militär mit Gewehren mußte aufmarschieren. Selbst unter der „Reinordnung“ der Truppen durch die Revolution ist das weit abenteuerlicher, als man erwarten konnte. Und diese Ereignisse sind ein neuer Beweis, wie gänzlich hilflos und nutzlos die Regierung ist, trotzdem sie alle öffentlichen Gebäude der inneren Stadt, Schloss, Marstall, Reichstagsgebäude, Linienstraße, Reichstagsgebäude, Kronprinzenpalais usw. durch Schutztruppen mit Waffenschonung „gesichert“ hat. Die sogenannte Volksmarine-Division löst eine Schändenscheiße in der Westhafenstraße aus, gegen die die Regierung nicht mehr aufkommt. Wie in vielen anderen Fällen, so haben auch in Berlin Abordnungen der Meuterer meuterischen Seeleute die Anwesenheit der Garnison zur Revolution besonders unterstützt, und bald wurde die Reichshauptstadt die Sammelleuchte aller Matrosen, die bei hoher Löhnung ein faules Dasein führen wollen. Die vertriebenen Elemente befinden sich unter ihnen; bei den zahllosen Verbrechen, Diebstählen, Raub und Mord, die jetzt in Berlin an der Tagesordnung sind, kommen Matrosen auffallend oft als Täter in Frage, noch gar solche des Sicherheitsdienstes. Enttäuschte Stadtgelehrte bildet die meiste Art, wie die Matrosen im Schloss kaufen. Die Soldaten der Berliner Garnison haben daher verlangt, daß diese Marineleute, die das gesamte Militär in Mitleidenschaft bringen, aus der Stadt entfernt werden. Die Matrosen gehen aber einfach nicht, sondern bestreiten sich immer mehr. Und die Regierung magt nicht einzuschreiten, sie verhandelt mit diesen ungebildeten Gassen und zahlt ihnen Tribut unter der Formel „Rückfahrgeld Röhre“. Dadurch hätte sie von ihnen das Bestreben erhalten, daß sie am 21. Dezember demnächst das Schloss räumen wollten. Unerbörte und umfangreiche Nachhilfe an Zigaretten wurden, nach amtlicher Erklärung, die Veranlassung zur Stellung dieser Bedingung. Anstatt das Abkommen einzuhalten, erhoben die Matrosen eine neue Forderung auf 800 000 Mark, die Soldatenräte lehnten sie als unbegründet, also als einen Erpressungsversuch ab, worauf Stadtkommandant Wels die Auszahlung bewilligte.

Nicht mehr gewohnt, irgendwelches Recht und Ansehen zu haben, griffen die Matrosen nun zum Schießwaffen, und es kam vor der Kommandantur und vor der Reichstagskammer zu Ereignissen, wie man sie sonst nicht aus den Schreckensjahren amerikanischer Republikanismus berichtet. Am Opernplatz kam es zu einem förmlichen Feuergefecht zwischen nahezu tausend Matrosen und der republikanischen Soldatenwehr. Maschinengewehre ratterten, Geschosse schlugen in ferne Gebäude, und bald lagen zwei tote und mehrere Schwerverwundete auf dem Heugassenplatz. Der Stadtkommandant wurde in der brutalsten Weise nach dem Marstall geschleppt, vor den Weichen der Gefallenen beschützt und mit dem Lohde bedroht und blies bis in die späte Nacht hinein in länderlicher Gefahr, kurzer Hand abzugeben zu werden.

Soll man ernten sehen die Gefahr in der Wilhelmstraße zu werden. Zweimal, am Nachmittag und am Abend war die Regierung als Gefangene in den Händen der meuterischen Matrosen. Als der Volksbeauftragte Ebert diese zu beruhigen suchte, „schrien sich ein paar Selbsthörer an, ihn herunterzuholen“, sagt bescheiden ein halbamtlicher Bericht; und Barth hätte sich beinahe „körperliche Maßnahmen zugezogen“. Er allerdings von Soldaten, die zu Hilfe gerufen waren. Eine ganze Streikmacht so hier auf, um die Regierung zu schützen. Kurz nach 8 Uhr drohte es am äußersten zu kommen, als vom 2. Garde-Infanterie-Regiment zwei Bataillone mit der Wahrung nach dem Fortleben des Fortens aufzubrechen wurden, das 1. Garde-Regiment kam mit Stahlhelmen und aufgeschlitztem Besatz in der Wilhelmstraße an, früher rückte auch noch die 1. Garde-Kavallerie-Brigade an. Ein lebhafter Wortwechsel, ein erregtes Hin und Her schien die Einleitung zum Entscheidungskampf zu bilden. Aber die Regierung mochte nicht, schienen zu lassen. Es „gelang ihr“ nach mehrmaligen Verhandlungen „eine Einigung zu erzielen“. Das heißt, die Matrosen leiteten ihre Forderungen in vollem Umfang durch; die 800 000 Mark wurden ihnen bewilligt und zugesagt, daß ihre Divisionsmacht in Zukunft bestehen bleibt. Sie können also weiter die Reichshauptstadt und die Regierung terrorisieren und Tribut erpressen. Und das sie dazu gewillt waren, bezweifeln sie im selben Augenblick; denn sie sagen erst ab, nachdem auch die Zurückziehung des Militärs befohlen war. „Da bitte Sie, dann abzugeben“, lautet der bescheidenen Worte Eberts, auf die aus den Reihen seiner Schutztruppen der Ruf erklang: „Und wer bürgt dafür, daß die Matrosen nicht wieder kommen? Es mußten in der Nacht weitere Verhandlungen stattfinden. Sie waren erfolglos, daß sich die Regierung endlich doch an einem Vorhaben entschloß. Und so erlebte Berlin den blutigen Weihnachtsabend, der in einer Schändlichkeit

unbergeßlich sein wird. Das Schloß und der Marfall sind geräuchert, 70 tote Mäntel allein die Matrosen, als es vorrittlich um 11 Uhr nach schweren Kämpfen zur Kapitulation kam.

In früheren Jahren begannen die Weihnachtsartikel der sozialistischen Presse immer mit der Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaft, daß diese das Prinzip der „Erdens“ wohl immer im Munde führe, in Wirklichkeit aber alle Kräfte und besonders den letzten verurteilt habe. Nun aber hat die Sozialdemokratie, als der von unten aufsteigende Kampf beendet war, den Bürgerkrieg entfesselt und sich hierzu ausgesprochen den heiligen Weihnachtsabend ausgespielt. Sie hat damit wieder einmal bewiesen, daß es ihr nicht um Frieden auf Erden zu tun ist.

Eine politische Offiziers-Organisation?

Eine recht stark besetzte Versammlung von Offizieren, Sanitätsoffizieren und Militärbeamten besaß sich in Berlin vor Weihnachten mit der Frage, ob neben dem Deutschen Offiziers-Bunde, der bisher jede politische Arbeit abgelehnt hat, eine besondere politische Offiziers-Organisation geschaffen wäre. Für eine solche, die „Nationalverband Deutscher Offiziere“ heißen soll, sind bereits Vorbereitungen getroffen. Der Leiter des vorbereitenden Ausschusses Generalleutnant Vollbrecht bezweifelt, daß die Verbindungen mit dem D. O. B. bisher verwickelt waren. Es sei viel mehr eine Parteipolitik, die man dem D. O. B. verlange, wenn man wünsche, daß er wenigstens die drei politischen Forderungen offen vertreten soll:

1. Aufbau des großdeutschen Nationalstaates,
2. Schaffung einer deutschen Wehrmacht unter Erhaltung der eigenen Volkstruppen,
3. Wiederherstellung der Befehlsgewalt der Offiziere in diesen Volkstruppen.

Rechtsprechung für den Erfolg wirtschaftlicher Bestrebungen ist schließlich die Erfüllung dieser politischen Forderungen. Wenn man gegen die Herren, die solche Wünsche durchsetzen wollen, den Kampf des Ehrgeizes erhebt, so erwidern sie: sie können nur einen Ehrgeiz, nämlich die Größe des Vaterlandes, die Ehre der Politik, die Ehre und Ordnung — Punkt 2. d. B. Wolfen in letzter Zeit, daß man ja gar keine Volkstruppen, sondern eine Parteidiktatur habe und daß die Offiziere die Regierung nach ihren Antrieben mit zu führen helfen müßten, wobei der Grundgedanke wohl nicht eine deutsche Regierung ist, die nicht auf deutschem Boden, sondern auf dem Boden eines starken Deutschlands stehen müßte. Erst dann eine Regierung in diesem Sinne gestattet ist, könnten die Wünsche und Bestrebungen der Offiziere überhaupt erst Aussicht auf Erfolg haben. Daran sei festzuhalten, nicht als Sache des Einzelnen, sondern einer gesamten großen Masse.

In der Aussprache riefen immer wieder die beiden Gruppen aufeinander: die des D. O. B., die sich ausschließlich auf wirtschaftliche Bestrebungen beschränken will, und die andere, die der Auffassung der Versammlungsbeteiligten ist. Dementsprechend gegenüber wurde von einigen Seiten hervorgehoben, daß beide Organisationen bei der Verwirklichung ihrer Aufgaben nötig und notwendig sind. Man sollte sie nicht bilden. Es hätten sich ergangen und jede auf ihrem Gebiete Erfolg erzielend. Die politische Beteiligung des Einzelnen, die je jetzt schon sein will, würde seinen Einfluß auf eine Regierung über Partei, Partei ein großer politischer Stand auf den Kampfboden zu machen seine Fortschritte ganz andere Aufnahmen finden. Von berechtigten Parteiforderungen wurde ein solcher politischer Offiziersbund geradezu als unentbehrliche politische Schule gefordert, deren jetzt die Offiziere dringend bedürfen. — Sowohl a. S. Eeger gegen Komme sich von einer solchen Organisation doch nicht als ernannte Ehrentitel des Offiziers. Die Deutschnationale Volkspartei habe die Offiziersforderungen aufgenommen. Schließlich ist die Offiziersbestimmungen dieser Partei an, so würde ein großer Bestand der Offiziere auszuförder werden können, als ein Sonderbund. Kommissar Rumanow bezweifelt, daß ein politischer Offiziersbund der Partei sein solle, und voraussetzen, daß die Forderungen der Offiziere von ihnen mitzuerhalten und den Offizieren eine Anzahl von Seiten unter den Radikalen für die Parteipartei zusammengefasst werden. — Dem Standpunkt des D. O. B. vertrat Oberstleutnant Wilmann, der u. a. fragte, wobei denn der D. O. B. die Gebote, die doch jetzt für Witten und Berlin auf, bestimmt sind, für eine Organisationsmaßnahme solle? Ein neuer Bund ist überflüssig, unnütz, unglücklich. Hauptmann v. Salgmann erklärte: Er sehe heute als ein anderer; er sei soeben als ein Mann ausgedrückt, der D. O. B. ausgeglichen. (Zeit, Zeit) Warum? Weil der D. O. B. in die Politik eingetreten sei durch seinen Bruch. (Müssen und Konsequenzen abgeben usw.) Dieser Bruch betreffe seinen Erfolg und sei darum unumkehrbar. Die Volksaufständigen würden sich schon selbst hängen. Die Bekämpfung widerprücht jedoch der Auffassung über die Befähigung eines Offiziers, wenn er seinen Erfolg spreche. Nachschuß wurde dem Redner Berliner Tagesblatt entgegengebracht. Herr v. Salgmann bemerkte: auch das „Ligt.“ würde noch lernen und es werde noch in das Licht fallen, das es ändern gegeben habe. Erfolgreich betritt er die ihm in den Mund gelegte Versicherung: der deutsche Offizier gefesse in die demokratische Volkspartei. Einer Resignation widerprücht er. Einigkeit ist jetzt das nötige. Der D. O. B. werde schon durch seine Größe eine politische Macht werden. Den Offizieren gab er im letzten den Rat, die Herren der Industrie und des Handels, bei denen doch viele Offiziere Anstellung finden könnten, nicht als Juden zu beschimpfen. — Der Rat zur Einigkeit wurde in der Versammlung sehr laut. Auf Antrag von L. B. Redard sah man noch von der Regierung und es bedarf sich dem D. O. B. zu erlauben, im Sinne der ermittelten drei Forderungen allgemeinen nationalpolitisch zu arbeiten. Einige Herren des Ausschusses wurden beauftragt, mit dem D. O. B. in Verbindung zu treten. — In der Versammlung hatten viele Offiziere aus Meer und Marine gesprochen. Ein Spezialgenosse soll übrigens als Aufseher im Saal gesetzt werden.

Arbeitslose in Großstädten

Dr. K. A. teilt mit: Die Demobilisation und die Fälligkeit von Wehrdienst als Folge von Arbeits- und Rohstoffmangel hat die Zahl der Arbeitslosen in den Großstädten und besonders in Berlin ins Ungeheuerliche wachsen lassen. Man rechnet für „Groß-Berlin“ mit Einfluß der vom Seeresdienst Entlassenen mit etwa 400 000 Arbeitslosen. Das für die Massen sehr unheimliche Arbeitsgebiet ist fraglos die Hand- und Kraftwirtschaft mit ihrem Bedarf an Arbeitskräften für Druck-, Metallarbeiten und Holzindustriearbeiten. Auch wird ein sehr großer Teil der Arbeitslosen, besonders viele entlassene Seereschiffe, die Arbeit in der Hand- und Kraftwirtschaft anderen Arbeitsgelegenheiten vorziehen; mifßen sie doch, daß sie bei dieser Beschäftigung vor allem Dingen ablosiert Ernährungsmöglichkeiten entgegennehmen können und nicht all den Zufälligkeiten und Schwierigkeiten unterliegen, welchen die Großstadt immer ausgesetzt sein wird.

In Würdigung dieser Tatsachen, hat das Ministerium für Landwirtschaft, Vorräte und Forsten ein „Beratungsausschuss für Arbeitsvermittlung“ eingerichtet, welches bereits im ersten Zusammenhange mit allen interessierten Stellen (Börsen, landwirtschaftlichen Körperstellen und Gewerkschaften) Beratungen ergriffen hat, um einerseits die Arbeitsmöglichkeiten festzustellen, andererseits für die Arbeitnehmer geeignete Arbeitsbedingungen zu schaffen und sie schnellstens an die ihnen zugehörigen Arbeitsstellen zu leiten. Zur Leitung dieses Amtes ist Herr Geine ins Landwirtschaftsministerium berufen worden. — Wer ist Herr Geine?

Die preussischen Wählerkreise

Im „Staatsanzeiger“ wird das Gesetz über die Wahlen zu preussischen Nationalparlamenten veröffentlicht, dessen wesentliche Bestimmungen bereits hier mitgeteilt wurden. Die Wahlkreisverteilung ist folgende:

Nr.	Je 1 Wahlkreis bilden:	Einwohner:	In den Wahlkreisen sind an Abgeordneten zu wählen:
1.	die Provinz Ostpreußen	1 204 170	21
2.	die Provinz Westpreußen	1 708 474	31
3.	die Stadt Berlin	3 071 267	51
4.	die Reichstagswahlkreis Potsdam 1—9, soweit sie zum Regierungsbereich Potsdam gehören	1 644 861	18
5.	die Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbereich Potsdam gehört	1 814 676	19
6.	der Regierungsbezirk Brandenburg a. O.	1 928 189	19
7.	die Provinz Pommern	1 776 921	21
8.	die Provinz Schlesien	3 090 881	51
9.	die Provinz Westfalen	1 841 396	21
10.	der Regierungsbezirk Münster	2 007 981	29
11.	der Regierungsbezirk Bielefeld	1 176 688	19
12.	der Regierungsbezirk Magdeburg	1 248 900	19
13.	die Provinz Sachsen	1 884 846	21
14.	der Regierungsbezirk Halle	1 021 004	16
15.	die Regierungsbezirk Merseburg, Halle und Osnabrück	1 070 910	16
16.	die Regierungsbezirk Hannover, Albstadt, Hildesheim, Eintracht	1 802 517	19
17.	die Regierungsbezirk Braunschweig und Wittenberg, der Provinz Sachsen gehörige Kreis Schaumburg	1 778 897	19
18.	der Regierungsbezirk Hildesheim	2 830 849	24
19.	die Provinz Ostfalen, Kreis Hameln und die Kreise Osterburg und Schmalenburg, ferner der Kreis Bielefeld vom Regierungsbereich Braunschweig	2 189 922	28
20.	die Regierungsbezirk Köln und Aachen	1 940 817	19
21.	die Regierungsbezirk Bonn und Aachen ohne den Kreis Bielefeld vom Regierungsbereich Braunschweig	1 771 834	18
22.	die Reichstagswahlkreis Düsseldorf 1—6, soweit sie zum Regierungsbereich Düsseldorf gehören	1 820 698	18
23.	die Reichstagswahlkreis Düsseldorf 7	1 597 790	16
	zusammen		401

Provinz Sachsen

Deutschnationale Volkspartei

Auswahl der Kandidaten in Thüringen.
 Die Kandidaten für die Nationalversammlung im Wahlkreis Groß-Thüringen sind von der Deutschnationalen Volkspartei aufgestellt worden: Staatsminister a. D. Dr. Dehnbach, Oberverwaltungspräsidenten Kautzschauer und Gumbelberger, Paul Lehmann.

— Ammer, 28. Dez. Deutschnationale Volkspartei. Am Sonntag, den 28. Dez., abends 8 Uhr, findet in der „Preussischen Halle“ eine große öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, Volkstreue für Halle und Gegend, statt. Es werden sprechen: Ehrenbürgervereinsträger Dr. H. Galle und Reichsminister Spilling. Galle über: „Das neue Deutschland und die alten Parteien.“

— Naumburg, 21. Dez. Fortbildungsschule. — Eintracht. Der Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule Blüthoff wurde von den städtischen Behörden der Ziel Direktor zugeteilt und ihm außerdem eine Amtswohnung von 800 M. und eine Erhöhung seines Wohngebietes um 150 M. zuerkannt. Die Entlassung der Leiter an der Fortbildungsschule wurde für die Antrittszeit von 120 auf 20. erhöht. — Eine Versammlung von evangelischen Männern und Frauen, die von über 500 Personen besucht war, erhob lebhaften Protest gegen die neue Verfassung des Reichsministers Hoffmann.

mann, auch die den Schülern das Schmarbel verboten, der Schülern der religiöse Gehalt von Schmarbeln für unzulässig erklärt und unter die Maßgabe höherer Stellen für unzulässig erklärt den Schülern über 14 Jahre die Entschreibung über ihre Teilnahme am Religionsunterricht überlassen wird, und begangen, daß die Verfassung die ganze geistliche und weltliche Grundlegung des gesamten Volksschulunterrichts in Preußen anordnet.

Halle und Umgebung

Halle, 27. Dezember

— Universitätsangelegenheiten. Wie wir erfahren, ist dem Reichsdeputierten für den Wahlkreis Halle a. S. Dr. Friedrich Reuter (Stadtratsmitglied) ein Antrag an die Reichsversammlung für die Halle gestellt worden. Reuter ist ein gebürtiger Halleer, der im Jahre 1877 in Halle geboren wurde, ab 1897 bis 1902 dem Lehrkörper der Friedrich-Wilhelms-Universität als Privatdozent für Physik antrat.

— Wohnungsmangel. Geheimrat Hägerström schreibt uns: Infolge meines in der Zeitung veröffentlichten Aufrufs erhalte ich täglich Angebote von Zimmern, die für Studentenwohnungen geeignet sind. Es ist nicht möglich, jede Anfrage zu beantworten. Zudem ist mein bestenfalls für die in den Angeboten angeführten Preisverhältnisse ausreichte, bitte ich, solche Mitteilungen nicht an mich persönlich, sondern direkt an das Akademische Wohnungsausschussamt, Parfümeriepl. 11, post. Eingang Schulstraße, richten zu wollen. Es werden nämlich vorgezogen und berücksichtigt werden. Ich werde hiermit die Bitte, daß ich meinen unterer Stadt auch weiterhin wie bisher, bereit finden lassen möchte, unsere Studentenliste aufzunehmen.

— Die Preise für Milch dänischer Einfuhr haben, wie die Nachrichtenabteilung des Reichsernährungsamts mitteilt, seit dem 1. Dezember d. J. eine Erigerung bis um 65 Prozent erfahren. Da der in Dänemark gegebene Preis gleichbleibend ist, ist der Grund für diese neue Preissteigerung lediglich in dem Sinken des Marktwertes im Ausland, sowie in den gesteigerten Anforderungen im Inlande zu suchen.

— Militärische Bewerber für Beamtenstellen. Nach einem Erlass des Eisenbahnministers gilt die Vorschrift, wonach Bewerber um Beamtenstellen im allgemeinen das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben können. Jedoch ist für Bewerber, die sich für die in den Angeboten angeführten Preisverhältnisse nicht anzuwenden.

— Einmalige Zusammenkünfte an neu entlassenen Arbeitern (Soldaten). Nach einem Telegrammbericht ist der Minister der öffentlichen Arbeiten mit der Eisenbahn neu entlassenen Soldaten, die in weiten langen Abschieden bei der Heimkehr verbleiben, die am 1. Januar 1919 in den Eisenbahnen verbundenen Einbürgerung in ein geordnetes Leben erleichtert werden. Der Minister bestimmt, daher, nachdem auch private Werke bereit sind, die in weiten langen Abschieden bei der Heimkehr verbleiben, die am 1. Januar 1919 in den Eisenbahnen neu entlassenen, unmittelbar aus dem Heeresdienst getommene Soldaten eine sofort zahlbare einmalige Auszahlung von 100 M. bereit gestellt wird.

— Die 26. Sitzung der Eisenbahnministerkonferenz. Die 26. Sitzung der Eisenbahnministerkonferenz fand am 1. Oktober in Halle statt. An der Sitzung nahmen teil: Reichs- und Landesminister der öffentlichen Arbeiten, die nicht eintreffenden sind mit dieser Ausnahme. Die Sitzung wurde von Reichsminister der öffentlichen Arbeiten, die nicht eintreffenden sind mit dieser Ausnahme. Die Sitzung wurde von Reichsminister der öffentlichen Arbeiten, die nicht eintreffenden sind mit dieser Ausnahme.

— Grundsatzbeschlüsse. Vom 20. Dezember d. J. bis 28. Januar 1919 wird der Eisenbahnerkongress in Halle stattfinden. Die 26. Sitzung der Eisenbahnministerkonferenz fand am 1. Oktober in Halle statt. An der Sitzung nahmen teil: Reichs- und Landesminister der öffentlichen Arbeiten, die nicht eintreffenden sind mit dieser Ausnahme.

„H. 3.“-Sportberichte

Fußballsport in Thüringen
 (Eigene Drahtmeldungen)

Frankfurt. Braunschweig gegen Zwickauer 1:1. — Erfurt Sportklub gegen Sportvereine 0:1. — Weimar: S. f. II gegen Ammerort 1:6. — S. f. III gegen Ammerort 1:1. — Nordhausen: Wader gegen Hohenhausen 1:8. — Am Sonntag, den 29. Dezember, findet in Halle ein Spiel statt, bei dem die Mannschaften auf dem Rasen der Sportvereine gegeneinander spielen werden.

— Halle. Fußballvereine. 98 I gegen Wader 1:0 (0:0). Wader trat in einer beherzten Manier auf und ist bei der Führung im Spiel. Die Wadermannschaft trat mit Spielern, die man die sehr gute Leistung anmerkt. S. f. II gegen Ammerort 1:1. — Nordhausen: Wader gegen Hohenhausen 1:8. — Am Sonntag, den 29. Dezember, findet in Halle ein Spiel statt, bei dem die Mannschaften auf dem Rasen der Sportvereine gegeneinander spielen werden.

— Halle. Fußballvereine. 98 I gegen Wader 1:0 (0:0). Wader trat in einer beherzten Manier auf und ist bei der Führung im Spiel. Die Wadermannschaft trat mit Spielern, die man die sehr gute Leistung anmerkt. S. f. II gegen Ammerort 1:1. — Nordhausen: Wader gegen Hohenhausen 1:8. — Am Sonntag, den 29. Dezember, findet in Halle ein Spiel statt, bei dem die Mannschaften auf dem Rasen der Sportvereine gegeneinander spielen werden.